

Interpellation CVP-GLP-Fraktion **«Entwicklungspotenzial im Betreuungsangebot**

Gemäss der Medienmitteilung vom 26. April 2017 hat die familienergänzende Betreuung im Kanton St.Gallen Entwicklungspotenzial: «Das familien- und schulergänzende Kinderbetreuungsangebot wurde in den letzten Jahren im Kanton St.Gallen deutlich ausgebaut. Es liegt aber nach wie vor unter dem Schweizer Durchschnitt. Dies zeigt eine Analyse, die im Auftrag des Kantons durchgeführt wurde. Sie wurde nötig, da der Kantonsrat die Regierung im letzten Frühjahr beauftragte, einen Bericht zur Dämpfung des Fachkräftemangels und zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszuarbeiten.»

Im veröffentlichten Bericht¹ der Firma INFRAS aus Zürich wird auf Seite 31 dargelegt, dass sich die Anzahl Betreuungsplätze im Vorschulbereich in den letzten fünf Jahren um 30 Prozent erhöht hat. Ein Vergleich im Schulbereich ist aufgrund von Erfassungsdifferenzen nicht möglich. Es kommt aber klar zum Ausdruck, dass sich die Ausgaben in den letzten Jahren in diesem Bereich spürbar erhöht haben. Zusätzlich entwickelt sich ein Stadt-Land-Graben, vor allem im Bezug auf die Angebotsdichte. Diese Tatsache wird im Bericht durch den Vergleich mit Zahlen aus stark städtischen Kantonen Zug und Zürich bestätigt.

Die Kosten für die Kinderbetreuung sind bei uns im internationalen Vergleich sehr hoch. Ebenso dürften die Gestehungskosten für die Infrastrukturen über dem Durchschnitt liegen. Ein Thema sind auch immer wieder die Eintrittshürden für neue Anbieter und der sich abzeichnende Arbeitskräftemangel für Betreuungsangebote. Wenn der Staat die Kinderbetreuung wirklich fördern will, dann müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden. Dies bedeutet unter anderem, dass die Standards beim Betreuungspersonal und bei den Infrastrukturen flexibilisiert und gelockert werden müssen. Auf jeden Fall muss vermieden werden, dass für die Kinderbetreuung Tertiärabschlüsse nötig sind. Der Kanton steht in der Pflicht, die Rahmenbedingungen nachhaltig anzupassen.

Wir bitten die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die heutige Bewilligungspraxis bei den zuständigen kantonalen Stellen bei der Zulassung von neuen Kindertagesstätten?
2. Hat die Regierung erkannt, dass die Realisation von neuen Kinderbetreuungsplätzen durch übertriebene Standards und Anforderungen erschwert und auch verteuert wird?
3. Teilt die Regierung die Meinung, dass bei den verantwortlichen Betreuungspersonen die fachlichen, persönlichen und sozialen Kompetenzen höher zu gewichten sind als übertriebene Ausbildungsanforderungen?
4. Kann sich die Regierung vorstellen, Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern eine Möglichkeit zur Weiterqualifikation (Nachholbildung) zu bieten, welche sie anschliessend berechtigt, Betreuungsaufgaben wahrzunehmen?
5. Wie beurteilt die Regierung generell die sich abzeichnende Kostenentwicklung und welche Möglichkeiten sieht sie, die Kosten besser zu steuern und so das Angebot positiv zu beeinflussen?»

12. Juni 2017

CVP-GLP-Fraktion

¹ http://www.sg.ch/content/dam/dokument_library/soziales/Kinder%20und%20Jugend/FEB%20Bericht.pdf.ocFile/FEB%20Bericht.pdf